

Revidiertes Personalrecht bringt wesentliche Verbesserungen

13.06.2025 – Die Gemeinde Köniz revidiert ihr Personalrecht. Der Gemeinderat hat zuhanden des Parlaments ein Paket verabschiedet, das den Mitarbeitenden wesentliche Verbesserungen bringt und die Gemeinde als moderne Arbeitgeberin positioniert. Die Änderungen betreffen unter anderem die Arbeitszeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Lohnsystem. Das Parlament wird sich im Juni mit der Revision des Personalrechts befassen.

Auslöser für Teilrevision war die Motion «Überarbeitung des Personalrechts der Gemeinde Köniz». Aufgenommen wurden zudem die Anliegen von drei weiteren Vorstössen: «Gleichstellung dank Elternzeit und Arbeitszeit», «Whistleblowing für Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung» und «Dreiwöchiger vorgeburtlicher Mutterschutz».

Köniz ist als Arbeitgeberin grundsätzlich gut aufgestellt. Das hat eine Benchmark-Analyse gezeigt, das heisst ein Vergleich mit anderen Verwaltungen. Das Arbeitszeitmodell und das Lohnsystem halten dem Vergleich gut stand. Es braucht aber Anpassungen im Personalrecht, damit die Gemeinde als Arbeitgeberin auch in Zukunft attraktiv bleibt.

41-Stunden-Woche und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Gemeinderat hat ein Paket geschnürt, das die Gemeinde als moderne Arbeitgeberin positioniert. Die Änderungen betreffen unter anderem die Arbeitszeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Lohnsystem.

- **Arbeitszeit:** Die Wochenarbeitszeit soll von 42 auf 41 Stunden reduziert werden;
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** zusätzlich drei Wochen vorgeburtlicher Mutterschutz und eine zusätzliche Elternzeit von vier Wochen; höhere Familienzulagen (freiwillige Gemeindefamilienzulage für alle Mitarbeitenden mit Kindern);
- **Lohnsystem:** Die Lohnentwicklung soll einfacher und flexibler werden, Lohnbänder statt Lohnstufen;
- **Aus- und Weiterbildung:** Die Möglichkeiten für Beiträge der Gemeinde werden erweitert (finanzielle Beiträge und Zeitgutschriften).

Die Benchmark-Analyse mit vergleichbaren Arbeitgebenden hat gezeigt, dass Köniz insbesondere bei der Wochenarbeitszeit mit 42 Stunden abfällt. Die Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden verbessert die Work-Life-Balance der Mitarbeitenden und kürzere Arbeitszeiten steigern in der Regel die Produktivität und Effizienz. Nicht zuletzt ist die 41-Stunden-Woche ein Punkt, der bei der Rekrutierung von gesuchten Fachkräften positiv ins Gewicht fällt. Der Gemeinderat erwartet aufgrund der positiven Auswirkungen insgesamt keine Mehrkosten.

Wochenarbeitszeit und Ferienregelung sind abhängig voneinander. Der Ferienanspruch für die 45- bis 65-jährigen Mitarbeitenden soll deshalb leicht reduziert werden. Der Ferienanspruch erhöht sich ab 45 Jahren nicht mehr alle zwei Jahre, sondern insgesamt drei Mal mit 45, 50 und 60 Jahren. Die alte Regelung war im Vergleich mit anderen Arbeitgebenden sehr grosszügig, die neue Regelung ist nun mit denjenigen von anderen öffentlichen Arbeitgebenden vergleichbar.

Lohnsystem: Folgeprojekt

Der Gemeinderat möchte das Lohnsystem optimieren, damit Köniz auch in Zukunft den Herausforderungen als Arbeitgeberin gerecht werden kann. Der Gemeinderat will ein Lohnsystem mit Lohnbändern statt -stufen einführen, da es mehr Möglichkeiten bietet. So liesse sich beispielsweise die Lohnentwicklung für jüngere

Mitarbeitende verbessern. Das neue Lohnsystem soll 2026 im Detail ausgearbeitet werden, geplant ist, dass es per 1. Januar 2027 eingeführt wird.

Der Gemeinderat hat das revidierte Personalrecht zuhanden des Parlaments verabschiedet. Das Parlament wird sich an seiner Sitzung vom 16. Juni 2025 mit dem Geschäft befassen.

Auskunftsperson

Tanja Bauer, Gemeindepräsidentin, [079 203 27 20](tel:0792032720)

Begleitung durch Personalvereinigung und PEKO

Der Gemeinderat hat bei der Revision des Personalrechts die Personalvereinigung sozialpartnerschaftlich einbezogen. Zudem hat die nicht-ständige Kommission «Personalreglement» (PEKO) den Prozess eng begleitet. Mitglieder PEKO: Reto Zbinden (SVP, Präsident), Dominic Amacher (FDP), Toni Eder (Die Mitte), Isabelle Steiner (SP) und Monika Röthlisberger (Grüne).